

Zyprer stürmen zu den Geldautomaten

EUROKRISE Die EU bewahrt den Inselstaat vor der Pleite. Erstmals werden aber auch die Sparer zur Kasse gebeten. Die teils happigen Sondersteuern sind bereits abgebucht.

HEINZ KRIEGER
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Die Zyprer erwartete gestern Morgen eine doppelte Überraschung. Eine gute und eine böse. Die gute: Die Inselrepublik bekommt 10 Milliarden Euro Finanzhilfe von der EU. Die schlechte: Nicht nur die Banken, sondern auch Investoren und sogar kleine Sparer müssen zu einer Eigenleistung Zyperns von 5,8 Milliarden beitragen. Guthaben von mehr als 100 000 Euro wurden mit einer knapp 10-prozentigen Sondersteuer belegt, alle darunter mit 6,75 Prozent. Und zwar ab sofort.

Die Gelder sind gesperrt

Wer das im Inselrundfunk hörte, fuhr, radelte, rannte zu seiner Bank. Zumindest am Bankautomaten würde man das Ersparte doch noch vor den Klauen des Fiskus retten und zu Hause im Sparstrumpf verstecken können. Weit gefehlt. Vor den wenigen offenen Bank- und Sparkassenfilialen und an den meisten Bankautomaten sammelten sich Trauben von Menschen. Die Überraschung wich in den ohnehin vom Adrenalin des schnellen Laufs hoch gepuschten Zypriern einer unsäglichen Wut.

Anteilscheine als Entschädigung

Worauf hatten sich der erst seit dem 1. März amtierende Präsident Nikos Anastasiadis und sein Finanzminister Michael Sarri eingelassen. Die Automaten waren gesperrt, und elektronisches Banking war ausgesetzt. Die wenigen offenen Filialen zahlten nicht aus, sondern machten zu. Wer danach seinen Kontostand abfragte, musste feststellen, dass die der Abgabe entsprechende Summe bereits fehlte: Sie wurde eingefroren, auch wenn der betreffende Parlamentsbeschluss erst in den nächsten Tagen erwartet wird. Gemäss der zyprischen Zeitung «Financial Mirror» sollen die Anleger durch Anteilscheine der Banken entschädigt werden. Konten mit Guthaben bei Filialen zyprischer Banken in Griechenland sind von der Massnahme nicht betroffen.

«Wir arbeiten, legen etwas zurück, und jetzt nehmen sie unser Geld. Das



Mit Wut und Entsetzen reagierten viele Zyprer gestern auf die geplante Sondersteuer. Auch an den Bancomaten im zyprischen Larnaca standen die Sparer gestern Schlange.

Keystone/Petros Karadjias

ist ungerecht, sehr ungerecht», so eine Frau im staatlichen Fernsehen RIK. Der Ingenieur Andreas Stylianou aus Nikosia sagte in Anspielung auf die Versicherung von Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem, man habe Zypern nicht bestraft: «Aber sie bestrafen uns einfache Zyprer.» Zypern sei das Versuchskaninchen in einem nie da gewesenem Experiment, sagte der Zahnarzt Marinos Theodorou.

«Das ist Raub, und die EU muss etwas dagegen tun», schimpfte ein britischer Pensionär, der sich für seinen Lebensabend auf die Mittelmeerinsel zurückgezogen hat. «Wir bringen unsere Ersparnisse mit und werden dann beraubt, weil wir angeblich Mitinhaber einer bankrotten Bank werden sollen», schimpfte er. Die Zeitung «Financial Mirror» titelte: «Verbrannte Erde».

EZB-Direktor gibt Zypern Schuld

Das deutsche EZB-Direktoriumsmitglied Jörg Asmussen sah die Entscheidung kühler: «Bevor die Banken wieder öffnen, wird die Abgabe abgezogen. Der Rest des Geldes ist frei verfügbar», sagte Asmussen. Verantwortlich für das Verfahren seien die Zyprer. Ein solches

Bankensektor ist viel zu gross

ZYPERN sda. In der Nacht von Freitag auf Samstag haben sich die Finanzminister der Euroländer auf ein Hilfspaket von rund 10 Milliarden Euro für Zypern geeinigt. Ohne frisches Geld wäre der Inselstaat im Mai pleite gewesen. Das von einer Bankenkrise erschütterte Zypern hatte im Juni 2012 ein Hilfsgesuch in Brüssel vorgelegt. Bis vor kurzem war ein Volumen von 17 Milliarden Euro genannt worden. Durch die Sondersteuer auf Konten bei zyprischen Banken konnte dieses aber reduziert werden.

Pleite würde Eurozone gefährden

Die Geldgeber griffen ein, obwohl das Land nur 0,2 Prozent zur Wirtschaftsleistung der Eurozone beiträgt. Eine Staatspleite Zyperns würde die gesamte Eurozone gefährden, resümierte EU-Währungskommissar Olli Rehn. Mehrere nationale Parlamente müssen dem Hilfspaket noch zustim-

men. Das Paket soll in der zweiten April-Hälfte unter Dach und Fach gebracht werden. Bereits seit längerem unterstützt Russland Zypern mit einer Finanzhilfe von 2,5 Millionen Euro.

Die einmalige Belastung der Bankkunden sei als ausserordentliche Massnahme nötig, weil das zyprische Banksystem überdimensioniert sei, hiess es. Zyperns Bankensektor muss bis 2018 verkleinert werden auf den EU-Durchschnitt. Der Bankensektor Zyperns ist acht Mal so gross wie die Wirtschaftsleistung von etwa 17 Milliarden Euro. In der EU ist der Durchschnitt bei 3,5 Mal so gross wie die jeweilige Volkswirtschaft. Ein Drittel der Einlagen in Zypern gehört ausländischen Kontoinhabern – vor allem reichen Russen und Briten. Seit längerem halten sich Vorwürfe, Zypern locke mit niedrigen Firmensteuern und einer lockeren Finanzaufsicht Schwarzgeld an. Zypern bestreitet dies.

Vorgehen drohe in anderen Krisenländern des Kontinents nicht. Besonders betroffen fühlten sich die einheimischen Kleinsparer. Wer zuvor 1000 Euro auf dem Konto hatte, kann nun noch über 932,50 Euro verfügen. Finanzkräftige Bankkunden müssen von jeweils 100 000 Euro 10 000 abschreiben.

Forderung nach Euroaustritt

Die Kritik auf Zypern am Rettungspaket ist gross. Die europäische Solidarität sei dahin, Zypern sei erniedrigt worden, sagte Parlamentspräsident Giannakis Omiro in einer ersten Stellungnahme. Als katastrophal bezeichnete das Abkommen auch der Vorsitzende des Justizausschusses im zyprischen Parlament, Nikolas Papadopoulos. Er warnte im Fernsehen vor einem Zusammenbruch des Bankensystems, wenn das Vertrauen der Kunden verloren gehe.

Die kommunistische Oppositionspartei Akel will gar die Frage nach einem Austritt aus der Währungsunion oder einen Volksentscheid auf die Tagesordnung setzen. Europa habe sich neokolonialistisch verhalten, so Parteisprecher Andros Kyprianou.

Aktien sind seit über hundert Jahren die beste Anlage

An dieser Stelle habe ich vor zwölf Wochen fest behauptet, dass Aktien weiter viel Potenzial hätten. Schweizer Obligationen seien zu meiden, ebenso Schweizer Immobilienanlagen, dafür sei vermehrt in solide Blue Chips wie ABB, Adecco, Roche und Zürich zu investieren. Ebenso in bislang vernachlässigte europäische Aktien aus dem kleineren und mittleren Segment, auch solche mit Turnaround-Charakter wie Valora. Von Investitionen in Gold (seit dem 4. Oktober 2012 hat allein der Gold-ETF der Zürcher Kantonalbank – eine Art Investmentfonds – 10,7 Prozent verloren) haben wir explizit abgeraten.

Vermutlich hat sich am Anlageverhalten der Schweizer Privatpersonen nicht viel geändert. Gemäss einer Statistik der Schweizerischen Nationalbank liegt der Grössteil des Vermögens in Anlageklassen, die in den nächsten zehn Jahren kaum etwas abwerfen werden. 44 Prozent ist in Immobilien investiert, 18 Prozent oder mehr als 600 Milliarden Franken liegen auf Post-, Bank- und Sparkonten herum. 24 Prozent sind bei Pensionskassen und Versicherungen gebunden, die das Kapital vor allem in Schweizer Immobilien und Anleihen investieren – ohne nennenswerte Wertsteigerungs-



und Ertragsaussichten. Achten Sie mal darauf, mit welch mickrigem Zinssatz Ihre Vorsorgekapitalien angelegt werden.

AUSSICHTEN

Erstaunlich ist, dass nur gerade 6 Prozent des Vermögens in Aktien angelegt werden. Dabei ist die unternehmerische Beteiligung seit über hundert Jahren nachweislich die beste Anlage – selbst wenn man einen kurzfristigeren Horizont hat. Rendite erzielen kann man aber längst nicht mehr mit der Schlaftablette. Man muss heute aktiver sein, wenn man vom ständigen Auf und Ab, das seit praktisch zwölf Jahren an den Kapitalmärkten herrscht, profitieren will.

Die Empfehlungen vom Dezember haben sich bislang ausbezahlt. Der Swiss Bond Index der sicheren Staatsanleihen hat seit seinem Höchst am 10. Dezember 2012 schon 1,8 Prozent eingebüsst. Die «Eidgenossen» sind als scheinbar sicherste Anlage nicht nur praktisch zinslos, sondern auch noch mit einem für manche Investoren erstaunlichen Risiko (gemessen an der

Volatilität) verbunden. Bei vielen Immobiliengesellschaften macht sich Ernüchterung breit. Die Leerbestände steigen, ebenso die Furcht, ein steigendes Zins- und Teuerungsniveau nicht den Mieterinnen und Mietern überwälzen zu können.

Wer Wohneigentum erwirbt, muss eine Tragbarkeitsprüfung bestehen. Im Mietverhältnis entfällt dies. Viele würden diese nicht bestehen. So erstaunt es angesichts der trüben Aussichten wenig, dass der Schweizer Immobilienindex seit Jahresbeginn auch schon 2,9 Prozent verloren hat.

So kann sich der Investor wenigstens daran freuen, dass sich seine 6 Prozent Aktien im durchschnittlichen Vermögen gut entwickelt haben. Die Investitionen in ABB (+16,5 Prozent seit 31. 12. 12), Adecco (+12,3 Prozent), Roche (+21,7 Prozent, inkl. Dividende) und Zürich (+9,7 Prozent) haben sich ebenso gelohnt wie diejenigen in Valora (+9,8 Prozent), die mit der Brezelkönig-Übernahme wieder über Perspektiven verfügt.

So rasant wird es nicht weitergehen, obschon allein die Schweizer Pensionskassen an jedem Börsentag rund 70 Millionen Franken neu anlegen müssen. Die werden gewiss nicht nur in inzwischen zinslose Risikopapiere wie Staatsanleihen fliessen. Vielleicht kann

man auf den saisonalen Effekt hoffen. Gemäss dem Standardmuster eines Börsenjahres sind die ersten Monate besonders positiv. «Sell in May and go away» mag in diesem Jahr für jene zutreffen, deren Aktienquote bei 70 Prozent liegt. Andere tun gut daran, in einer allfälligen Konsolidierungsphase ihre persönliche Aktienquote zu erhöhen. Denn zum ersten Mal seit über 40 Jahren übertrifft nur schon die Dividendenrendite diejenige, die man mit Anleihen oder Immobilien erzielen kann. Sofern der zurückbehaltene Teil nicht gänzlich falsch investiert wird, bestehen zudem Aussichten auf steigende Dividenden in Zukunft.

Wenn man ausserdem noch die richtige Auswahl trifft, sehen die längerfristigen Perspektiven sogar glänzend aus – aber eben nicht «goldig». Gold als Währung der Weltuntergangspropheten bleibt eine reine Spekulation; eine ökonomisch faire Bewertung gibt es nicht, und deshalb bleibe ich besonders an langfristigen, interessanten Unternehmensbeteiligungen interessiert.

MAURICE PEDERGNANA

HINWEIS

Maurice Pedergrana (48) ist Professor für Banking & Finance an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ).